

Erlaubnis für Fracking auf dem Prüfstand

Bürgerinitiativen erarbeiten Petition

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Die Bürgerinitiativen gegen das Fracking in Thüringen machen weiter Druck auf die Landesregierung. Am morgigen Freitag wollen sie sich zusammensetzen, um eine Eingabe an den Petitionsausschuss des Landtages zu erarbeiten. „Wir wollen das gesamte Genehmigungsverfahren auf den Prüfstand stellen“, sagte der Sprecher der BI Oberdorla und Creuzburger Stadtrat, Lutz Kromke (SPD), der TLZ. Das Umweltministerium von Ressortchef Jürgen Reinholz (CDU) habe das Haus von Bauminister Christian Carius (CDU) unterrichten müssen. Doch das sei unterblieben. Es habe im Freistaat also eine Aufsuchungserlaubnis ohne öffentliche Beteiligung gegeben, so Kromke.

Im Umweltministerium wird dies entschieden zurückgewiesen: Die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen für die Belange der Raumordnung und Landesplanung obliege dem Landesverwaltungsamt. Und diese dem Bauministerium nachgeordnete Vollzugsbehörde sei bei der Erteilung der betreffenden Erlaubnisse beteiligt worden, teilt Reinholz-Sprecher Andreas Maruschke mit.

Die unkonventionelle Erdgasfördermethode bleibt dennoch weiter höchst umstritten. Dabei wird Gestein in bis zu 5000 Metern Tiefe durch ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien mit hohem hydraulischem Druck aufgebrochen. Das so freigesetzte Gas wird anschließend über Bohrrohre an die Oberfläche befördert. Umweltschützer befürchten durch die Technologie eine Verunreinigung des Trinkwassers.

Obwohl die Gefahr in Thüringen zunächst einmal gebannt zu sein scheint, weil die Firma BNK Anfang des Jahres den Verzicht auf die Erdgassuche in den drei insgesamt etwa 5000 Quadratkilometer großen Arealen bekannt gab, bleiben die Bürgerini-

tiativen skeptisch. „Schließlich gilt die Aufsuchungsgenehmigung des Landesbergamtes noch bis November 2016“, sagt Kromke. Also sei nicht auszuschließen, dass der in Kanada beheimatete Konzern nicht doch noch einmal aktiv werde.

Aus diesem Grund soll mit Hilfe der geplanten Petition das Genehmigungsverfahren vorsorglich „auf Null gestellt werden“, wie der BI-Sprecher es nennt. Das Landesplanungsgesetz zu dem Gewinnungsvorhaben hat nach seinen Angaben zu keinem Zeitpunkt im Umweltausschuss eine Rolle gespielt. „Das wurde beim Sichten der entsprechenden Protokolle klar“, begründet der Sozialdemokrat. Die Informationspflicht sei vernachlässigt worden, auch das sei anhand der Teilnehmerliste des Umweltausschusses nachweisbar. Dieser Ablauf sei nichts anderes als „Demokratie nach Gutsherrenart“, resümiert Kromke verärgert.

Weil die Thüringer BIs wenig von dem durch Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Umweltminister Peter Altmaier (CDU) ausgehandelten Fracking-Kompromiss halten, ruhen ihre Hoffnungen nun auf der Bundesratsinitiative aus Nordrhein-Westfalen, die eine Novelle des Bundesberggesetzes zum Ziel hat. Neben einer verbindlichen Umweltverträglichkeitsprüfung geht es um eine Beweislastumkehr, die Antragsteller verpflichtet, negative Auswirkungen auszuschließen.

Die Bürgerinitiativen erwarten zur Debatte in der Länderkammer eine weitere klare Positionierung von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU). Die Regierungschefin hatte im vergangenen Dezember in der Staatskanzlei knapp 12 000 Protestunterschriften entgegengenommen und Thüringen zur „frackingfreien Zone“ erklärt. „Jetzt muss Frau Lieberknecht auch ihre Stimme im Bundesrat erheben“, verlangt Kromke.

Auch für die Jungen sehr ratsam

Jena. (tb) Das Thema war ernst, aber die Stimmung bestens beim TLZ-Leserforum zur Altersvorsorge. Vor mehr als 200 Zuhörern wusste ein notarielles Dreigestirn aus Jena, Weimar und Apolda kurzweilig zu informieren. „Ich sehe hier zwar viele reifere Gesichter, aber gerade junge Leute sollten sich mit ihrem Testament beschäftigen“, sagte Professor Stefan Hügel, der Präsident der Notarkammer Thüringen. Eine noch nicht gefestigte wirtschaftliche Positionen berge bei Schicksalsschlägen besondere Risiken. Überdies richte sich die Gebühr nach dem in jungen Jahren eher geringeren Vermögenswert. Hügel nannte auch typische Fehler beim handschriftlichen Testament, es muss vollständig in Handschrift vorliegen. Wie seine Kollegen favorisierte Hügel das notarielle Testament. Was viele Zuhörer überraschte: Es ist im Falle eines Erbscheins sogar preiswerter.



TLZ-Leserforum Hügel (We)

Noch Ste 77 Hausärzte

Neue Planungsgrößen – und p

■ Von Hartmut Kaczmarek

Erfurt. Arnim Findeklee, der Leiter der Landesvertretung des Verbandes der Angestellten-Krankenkasse, fühlt sich an die alte Frage erinnert, ob das Glas halbvoll oder halbleer ist. Die ersten Berechnungen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in Thüringen auf der Basis der neuen Bedarfsplanungsrichtlinien lassen ihn daran denken, dass dieselbe Menge zu unterschiedlichen Bewertungen führen kann.

Bisher jedenfalls waren alle Berechnungen von mehr als 200 fehlenden Hausarzt-Stellen in Thüringen ausgegangen. Ohne dass sich die Zahl der Hausärzte schlagartig erhöht hat, halbiert sich die Zahl der unbesetzten Arztsitze in Thüringen, weil man für den Bedarf neue Richtzahlen zu Grunde gelegt hat. Findeklee findet die neue Rechengrundlage, die kleinteiliger aufgestellt ist, zunächst einmal in Ordnung: Diese Kleinteiligkeit führe zu sachgerechteren Ergebnissen und ermögliche eine bedarfsangemessene Steuerung, sagt er. „Auch wenn sich die Probleme



Neudefinition nicht: Arnim Fin

Die Neudefinition der Lage aber... So würden vor offenen Hausärzten und Greiz... ne Stellen für Greiz ausgew... Findeklee.

Nach dem... der Berechnun... den 34 Mittelze... ringen jetzt um... Neuzugänge ge... deren könnten... Hausärzte nied... gende Regione

Schwarz-Rot auf der Bremse